

23.10.2025
82/25

„Antiziganistische Vorfälle dürfen nicht verharmlost werden“ Landtagspräsidentin Wallmann besucht Meldestelle MIA

Sinti und Roma sind auch in Hessen immer wieder von Diskriminierung betroffen. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) in Darmstadt hat im vergangenen Berichtsjahr steigende Fallzahlen registriert. Bei ihr können Betroffene aber auch Zeugen antiziganistische Gewalt, Diskriminierung und verbale Stereotypisierungen melden. Landtagspräsidentin Astrid Wallmann hat die Geschäftsstelle besucht und die Arbeit der beteiligten Institutionen gewürdigt.

„Der Kampf gegen jegliche Formen von Diskriminierung, Antisemitismus oder Rassismus geht uns alle an. Wir müssen uns konsequent gegen Hass und Hetze in unserer Gesellschaft stellen“, sagt **Landtagspräsidentin Astrid Wallmann**. Daher sei die Meldestelle eine wichtige Einrichtung als Anlaufstelle, um entsprechende Taten zu dokumentieren. Die Parlamentspräsidentin ergänzt: „Antiziganistische Vorfälle dürfen nicht verharmlost werden. Wir müssen gedankenlose Äußerungen über Sinti und Roma als das benennen, was sie sind: Diskriminierung gegen Angehörige einer Minderheit, die fester Teil unserer Gesellschaft sind.“ MIA könne daher nicht nur ein Angebot für die Betroffenen selbst sein, sondern auch für Zeugen antiziganistischer Vorfälle. „Es ist die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger, Minderheiten zu schützen und ihnen zu helfen, wenn sie Opfer verbaler Angriffe werden“, so Wallmann.

Die Meldestelle MIA wird getragen von einer Kooperation des Hessischen Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma und des Frankfurter Fördervereins Roma.

Rinaldo Strauß vom Landesverband Deutscher Sinti und Roma verweist auf die 159 gemeldeten antiziganistischen Fälle im vergangenen Jahr, die insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen haben: „Auch in Schulen ist Antiziganismus weit verbreitet, vor allem in Form von Beleidigungen und Diskriminierungen. Erschreckenderweise sind besonders häufig Lehrkräfte in solche Vorfälle involviert. Ein berechtigter Aufschrei blieb aus und verdeutlicht die gesellschaftliche Normalisierung von Antiziganismus und dessen institutionelle Verankerung.“

Pressestelle des LandtagesTelefon: 0611 350-306
E-Mail: pressestelle@ltg.hessen.de
Internet: www.hessischer-landtag.de

Pressesprecher: Benjamin Holler

Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Joachim Brenner vom Förderverein Roma e.V. erinnert an die Ausgrenzung, mit der Roma-Migrantinnen und -Migranten sowie Geflüchtete konfrontiert sind: „Neben der Diskriminierung im Bildungssystem spielen eine oft unzureichende gesundheitliche Versorgung, Probleme bei der Suche nach einer geeigneten Wohnung und Ausbeutung am Arbeitsplatz eine große Rolle. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus setzt sich durch Dokumentation, Öffentlichkeit und Unterstützung für die Betroffenen ein und fordert ein breites gesellschaftliches Engagement gegen Antiziganismus, Rassismus und Benachteiligung.“

Hintergrund: Seit nun bald zwei Jahren gibt es die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Hessen. Die Meldestelle erfasst und dokumentiert antiziganistische Vorfälle und wertet diese wissenschaftlich aus. Über eine Telefonnummer [und ein Online-Formular](#) können Betroffene sowie Zeugen Vorfälle melden. In ihrem zweiten Jahresbericht für 2024 hat MIA 159 antiziganistische Vorfälle dokumentiert, im Vorjahr waren es 113 Vorfälle, ein Plus von 40 Prozent. Über die Projektpartner werden Workshops angeboten, um über Antiziganismus aufzuklären und zu sensibilisieren.
